

## 7 Pluralismus

---

Im Vorwort zur Aufsatzsammlung von 1992 macht Zabeck die Zielsetzung seiner Edition deutlich. Sie sei in Erinnerung an die wissenschaftstheoretischen Auseinandersetzungen der 1960er und 1970er Jahre verfasst. Es gehe darum, die jüngeren Berufs- und Wirtschaftspädagog:innen, die diese Episode nicht erlebt haben und die „im Kontext des die Gegenwartssituation kennzeichnenden weithin unscharfen Pluralismusverständnisses der Postmoderne stehen“, vor dem Missverständnis zu bewahren, die von Zabeck behauptete „Harmonie“ in der BWP als „salvatorische Formel“ zu deuten.<sup>1</sup> Zabeck lässt sich hier so deuten, dass der Pluralismusbegriff und die Vorstellung der Wissenschaftler:innen davon zentral sei für die wissenschaftstheoretische Entwicklung einer Disziplin.

In seiner Auseinandersetzung mit der Modellversuchsforschung schreibt Zabeck, diese sei mitverantwortlich für den existenzbedrohenden Partikularismus. Trotz seiner Kritik an diesem Forschungsansatz schreibt Zabeck: „Nur im weiten Horizont des geordneten Paradigmenpluralismus hätte Sloanes Vision einer Verklammerung methodologischer Ansätze, die sich als ‚gegensätzlich‘ verstehen bzw. von ihm so bezeichnet werden, eine Chance“.<sup>2</sup> Obwohl Zabeck wenige Zeilen zuvor noch meinte, Sloanes Interpretation von Binnen- und Außenlegitimität sei falsch und für die Existenz der BWP gefährlich, hat dessen Forschungsansatz nun doch einen Platz, und zwar geschaffen durch den Paradigmenpluralismus.

Die Frage, wie dies trotz der entschiedenen Kritik sein kann, stellt sich sofort. Es fällt in diesem Zitat das Adjektiv „geordnet“ auf. Offenbar gibt es nach Zabeck mehrere Formen von Pluralität: geordnete und, das ist die logische Konsequenz, auch ungeordnete. Mit dem in diesem Kapitel thematisierten Pluralismusbegriff bei Zabeck wird allerdings noch nicht das zentrale Ordnungselement angesprochen, sondern vielmehr der ontologische und epistemologische Rahmen des Paradigmenpluralismus. Dieser Rahmen ist ontologisch, weil es um die Frage nach den Wirklichkeitsstrukturen geht; er ist epistemologisch, weil es um die Frage nach dem Zustandekommen von Wissen geht. Des Weiteren hat der Pluralismusbegriff in seiner langen Geschichte im dauernden Kampf

---

1 Zabeck 1992a, S. II.

2 Zabeck 2009, S. 141.

zwischen Absolutismus und Relativismus die Kriterien von Macht- und Geltungsansprüchen beschrieben.<sup>3</sup>

Der Pluralismusbegriff muss bei Zabeck in zwei Diskursräumen analysiert werden: Im Haupttext schreibt Zabeck, dass sein Paradigmenpluralismus sich „in Übereinstimmung mit dem politologischen Pluralismusbegriff [befindet, C. P.] wie er im Anschluß an Ernst FRAENKEL in Gebrauch ist“.<sup>4</sup> Damit ist der erste Diskursraum angesprochen, nämlich der politik- und gesellschaftswissenschaftliche. Dieser wird in Abschnitt 7.1 im Zentrum stehen.

Damit dürfte auch klar sein, dass eine intensive Auseinandersetzung mit Ernst Fraenkel angebracht ist. Beim Blick in die Anmerkungen fällt allerdings auf: Zabeck verweist zwar – ohne sich auf bestimmte Seiten zu beziehen – mit diesem Zitat auf Fraenkels Werk „Der Pluralismus als Strukturelement der freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie“, doch bei den weiteren Ausführungen zu diesem spezifischen Pluralismusbegriff bezieht er sich nicht auf Fraenkel, sondern auf Winfried Steffani<sup>5</sup> und Hans Kremendahl<sup>6</sup> – dort mit Seitenangaben. Dies ist nicht als Vorwurf gemeint, bedeutet aber für die weitere Untersuchung, dass auch diese Schriften diskutiert werden müssen.

Die zuletzt genannten Autoren, insbesondere Hans Kremendahl, haben den politologischen Pluralismusbegriff auch im Kontext des Diskurses um den Wissenschaftspluralismus eingebracht. Dieser Diskurs steht im Zentrum des Abschnitts 7.2. Denn Zabeck hat sich mit seinem Paradigmenpluralismus und dem dortigen Pluralismusverständnis auch auf diesen Diskurs bezogen. In Abschnitt 7.3 steht die Analyse des Pluralismusbegriffs bei Zabeck im Zentrum, die durch eine Kritik in Abschnitt 7.4 ergänzt wird.

## 7.1 Der politologische Pluralismusbegriff

Ernst Fraenkel war als Professor an der Freien Universität Berlin ebenso von den Ereignissen der 1960er Jahre betroffen wie Zabeck. Als jüdischer Remigrant (und deutlich älter als Zabeck) musste er allerdings die Ereignisse anders erlebt haben. Wenn Fraenkel die Studentenproteste an der Freien Universität mit SA-Methoden verglich,<sup>7</sup> muss dies daher anders gewertet werden. Nikolai Wehrs bezeichnet in seiner Studie zum BFW und zur NofU Fraenkel als „Spiritus rector“ dieser Gruppen.<sup>8</sup> Fraenkel war an der Freien Universität heftigen Anfeindungen ausgesetzt, die ihm als Jude so vorkamen, als sei der Antisemitismus an der Universität wieder salonfähig. Diese Auseinandersetzungen führten bei Fraenkel zu mehreren Herzinfarkten.<sup>9</sup>

3 Vgl. Zorn 2022.

4 Zabeck 1978b, S. 311, Hervorhebung im Original.

5 Vgl. Steffani 1977. Zabeck gibt als Erscheinungsdatum 1978 an, der Aufsatz ist aber höchstwahrscheinlich 1977 erschienen, zumal ich den gleichen Publikationsort – die Zeitschrift „Politische Bildung“ – verwende.

6 Vgl. Kremendahl 1977.

7 Wehrs 2014, S. 73.

8 Wehrs 2014, S. 153.

9 Ladwig-Winters 2009, S. 332–333; vgl. auch Wildt 2013.

In „Pluralismus als Strukturelement der freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie“, d. h. der Text, auf den Zabeck sich mit seinem Paradigmenpluralismus beruft, versuchte Fraenkel, seine auch als Neopluralismus bekannte politische Theorie vor der Rechtswissenschaft zu rechtfertigen, von der er sich ihre Anerkennung erhofft hatte. Dieser Text ist ein Vortrag, den Fraenkel auf dem „45. Deutschen Juristentag e.V. in Karlsruhe“ gehalten hat.<sup>10</sup> Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass Fraenkel mit einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts bezüglich der öffentlichen Meinungsbildung den Vortrag eröffnet. Fraenkel interessiert der Umstand, dass in der Entscheidung das Wort pluralistisch in Anführungszeichen gesetzt wurde.<sup>11</sup>

Kern des Textes ist das Verhältnis von Öffentlichkeit und Staat. Sehr schnell führt Fraenkel die Dichotomie pluralistische Staaten/totalitäre Staaten ein. Die BRD, wie alle westlichen Demokratien, seien deshalb keine totalitären Staaten, weil der Staat eine verfassungsrechtlich begründete „uneingeschränkte juristische *Omnikompetenz*“ besitze, im Gegensatz zu totalitären Staaten wie der DDR, er aber nicht „in der Verfassungswirklichkeit eine soziale Omnipotenz“ ausüben würde.<sup>12</sup> Wichtiges Merkmal sei die Existenz autonomer Verbände, die zwar „rechtlich geregelt“, aber nicht „staatlich reglementiert“ seien.<sup>13</sup>

Nach Fraenkel sind totalitäre Staaten geleitet von der Vorstellung, sie könnten a priori über die Vorstellung von Gemeinwohl bestimmen und so das Leben der Menschen gestalten. Demgegenüber beruhe der Pluralismus „auf der Hypothese, in einer differenzierten Gesellschaft könne im Bereich der Politik das Gemeinwohl lediglich a posteriori als das Ergebnis eines delikaten Prozesses der divergierenden Ideen und Interessen der Gruppen und Parteien erreicht werden“. Dies gelingt allerdings nur unter der Voraussetzung, dass „die generell akzeptierten, mehr oder weniger abstrakten regulativen Ideen sozialen Verhaltens respektiert und die rechtlich normierten Verfahrensvorschriften und die gesellschaftlich sanktionierten Regeln eines fair play ausreichend beachtet werden“.<sup>14</sup>

Die hier angesprochene „regulative Idee“ ist nicht nur für das Verständnis des politologischen Pluralismusbegriffs wichtig, sondern auch für das Verstehen des Paradigmenpluralismus. Denn Zabeck, das wird im nächsten Kapitel deutlich, konstruiert ebenfalls eine regulative Idee. Dieses Konzept soll daher etwas näher beleuchtet werden. Dafür sind weitere Schriften Fraenkels notwendig, die Zabeck allerdings nicht zitiert.

Fraenkel versucht, so könnte man vielleicht seinen bis hierhin diskutierten Ansatz eines Neopluralismus zusammenfassen, das Verhältnis von autonomen Gruppen und Staat bezogen auf die Meinungsbildung zu fassen. Es geht ihm darum, mit dem Pluralismusbegriff eine Ordnung zu begründen, in der die freien, unabhängigen Verbände einen Zugang zur öffentlichen Meinungsbildung haben, dabei aber eine gesamtstaatliche Ordnung erhalten bleibt. Unter dieser Prämisse führt er den Begriff Gemeinwohl ein, womit Fraenkel das höchste Ziel der Politik und Demokratie meint.

10 Ladwig-Winters 2009, S. 302.

11 Fraenkel 2007a, S. 256.

12 Fraenkel 2007a, S. 257, Hervorhebung im Original.

13 Fraenkel 2007a, S. 257.

14 Fraenkel 2007a, S. 259.

Fraenkels Pluralismustheorie ist auch eine Auseinandersetzung mit der Staatslehre Carl Schmitts. Fraenkel sah eine direkte Verbindung zwischen Schmitt und der nationalsozialistischen Ideologie, in der die Gemeinschaft als „alleinige Quelle des Rechts“ gelte und daraus geschlossen werde, dass das, was außerhalb der Gemeinschaft stehe, der Feind sei.<sup>15</sup> Bereits in seinen frühen, arbeitsrechtlichen Schriften unternahm Fraenkel den Versuch, die unterschiedlichen Gruppen in einer Gesellschaft mit Blick auf diese Staatslehre schützend zu fassen.<sup>16</sup>

Das Ergebnis der Gemengelage in westlichen Demokratien, d. h. der Aushandlungsprozess der Meinungsbildung, ist die Vorstellung davon, was Gemeinwohl ist. Der Begriff Gemeinwohl ist bei Fraenkel identisch mit der eben angesprochenen regulativen Idee. Fraenkel schreibt:

„Wenn wir vom Gemeinwohl reden, denken wir nicht in Kategorien der Macht, sondern in Kategorien des Rechts und der Gerechtigkeit; wir bewegen uns nicht im Bereich des Seienden, sondern des Sein-Sollenden. Gemeinwohl ist keine soziale Realität, sondern eine regulative Idee.“<sup>17</sup>

Hans Kremendahl, ein Autor, auf den Zabeck sich bezieht, gibt bei diesen Überlegungen zu bedenken, dass mit der regulativen Idee nicht nur eine Gesellschaft gemeint ist, die im ständigen Konflikt lebt.<sup>18</sup> Über Kremendahl kommt man zum Spannungsverhältnis von normativer Setzung und notwendigem Freiheitsgrad, was im „Minimalkonsens“ mündet, der ausführlich im nächsten Kapitel diskutiert wird.

Fraenkels Verständnis von Pluralität in einer Demokratie ermöglicht es ihm, nicht nur zwischen totalitären Staaten und westlichen Demokratien zu unterscheiden, sondern sich auch von klassischen Pluralismustheorien abzugrenzen. In Fraenkels Pluralismustheorie soll der Staat „als eigener Akteur der gesellschaftlichen Vielfalt übergeordnet“ sein; dieser dürfe „sich nur nicht von den gesellschaftlichen Kräften abschotten“.<sup>19</sup>

Doch Fraenkels Pluralismustheorie wird in Teilen auch als eine Art „Glaubensbekenntnis“ gedeutet. Er betont in vielen Schriften insbesondere die normative Seite des Pluralismus, womit er die „ökonomischen Determinanten der Gesellschaft und die damit einhergehenden Machtverhältnisse“ ausblendete.<sup>20</sup> Damit eröffnete sich aber auch Raum für Kritik, denn insbesondere aus dem „Linken Lager“ wurde der Vorwurf erhoben, Fraenkels Pluralismustheorie würde „affirmativ“ sein und letztlich nur die bestehenden Verhältnisse rechtfertigen.<sup>21</sup> Es scheint, als ob Fraenkels Verhältnis zum

15 Wildt 2013, S. 321.

16 Wildt 2013, S. 319.

17 Fraenkel 2007b, S. 85.

18 Kremendahl 1977, S. 36.

19 Göhler 2014, S. 266.

20 Ladwig-Winters 2009, S. 311; Steffani 1977, S. 26.

21 Ladwig-Winters 2009, S. 311; siehe für diese Kritik beispielhaft Marcuse 1964, S. 48–55. Eberhard Fromm, Professor für Marxistisch-Leninistische Philosophie in der DDR und Kurt Sokolowski gehen in ihrer Kritik an Fraenkel und den Neopluralismus soweit zu behaupten, dass die neopluralistischen Theorien des Westen von der „imperialistischen Bourgeoisie“ als antikomunistischer Gegensatz konstruiert wurden, Fromm und Sokolowski 1975, S. 1040.

Naturrecht – die Auffassung, dass Recht sich auch aus der Natur des Menschen ableiten lässt – wesentlich ist, um diese Kritik zu verstehen. Fraenkel identifiziert den „Staatswillen“ nicht „schlechthin mit dem Resultat“ des soeben beschriebenen Aushandlungsprozesses. Die „Ergebnisse dieser Auseinandersetzung [können, C. P.] nur dann als verbindlich anerkannt werden [...], wenn die Auseinandersetzungen unter Einhaltung der Regeln eines *fair play* geführt werden“.<sup>22</sup> Das Vertrauen darauf, dass die Mitwirkung der kollektiven, autonomen Interessenverbände zu einem vernünftigen Ergebnis bezüglich des Gemeinwohls führt, leitet Fraenkel aus dem Naturrecht ab. Die Existenz einer pluralistischen Gesellschaft hänge davon ab, dass „das Erbe des Naturrechts [...] nicht vertan ist“. Doch dafür sei die „generelle Anerkennung eines Minimums allgemeingültiger Prinzipien [...] unerlässlich“.<sup>23</sup> Diese Prämissen hat Fraenkel auch in seinem Vortrag beim Juristentag vorgetragen. Zabeck hätte also von ihnen Kenntnis nehmen können, denn dieser Vortrag ist, wie gesagt, die Grundlage des Textes von Fraenkel, den Zabeck zitiert.

Die Kritik an diesen Prämissen wird wohl am verständlichsten durch einen Brief, den Otto Kahn-Freund an Ernst Fraenkel geschrieben hat und den Simone Ladwig-Winters in ihrer Fraenkel-Biografie analysiert. Die Kritik bezieht sich auf zwei Aspekte: Erstens wird die ideologische Verleugnung der Existenz von Klassen genannt, die Fraenkels Pluralismustheorie innewohnt. Sie sei von den Erzählungen der Aufstiegsmöglichkeiten, die jeder unabhängig von seiner sozialen Herkunft habe, geprägt. Dieser Kritikpunkt passt insofern, als man Fraenkel so deuten kann, dass jeder frei und unbeschränkt am Meinungsbildungsprozess teilnehmen kann. Zweitens wird Fraenkels „Glaube“ an ein Naturrecht angesprochen. Kahn-Freund fragt, woher Fraenkel wisse, dass es überhaupt ein Naturrecht gibt.<sup>24</sup>

Winfried Steffani, Fraenkels Assistent, hat Fraenkels Pluralismustheorie aufgenommen und weiterentwickelt.<sup>25</sup> Auf ihn bezieht sich Zabeck. Es ist wohl kein Zufall, dass Zabeck einen bestimmten Aufsatz von Steffani wählt, denn hier trägt dieser eine begriffliche Differenzierung des Pluralismus nicht nur im politologischen, sondern auch im wissenschaftlichen Diskursraum vor.

Steffani geht davon aus, dass der Pluralismusbegriff verschiedene Bedeutungsformen annehmen kann. Der Pluralismusbegriff sei in den Sozialwissenschaften zu einem „Modewort“ geworden und würde auch in den Wissenschaften häufig mit ‚Vielheit‘ gleichgesetzt.<sup>26</sup> Die Überlegungen Fraenkels im Blick dürfte schnell klar werden, worauf Steffani hinauswill: Die bloße Existenz von vielen verschiedenen Einheiten, z. B. Meinungen, reicht nicht aus, um von Pluralismus sprechen zu können. Die Stelle aus Steffanis Aufsatz, die auch Zabeck zitiert, lautet:

„Die Elemente einer Einheit werden im wesentlichen [sic] als voneinander unabhängig, gleichberechtigt und autonom gesehen, d. h. sie sind nicht maßgeblich der Kon-

22 Fraenkel 2007b, S. 89, Hervorhebung im Original.

23 Fraenkel 2007b, S. 89.

24 Ladwig-Winters 2009, S. 310.

25 Göhler 2014, S. 270.

26 Steffani 1977, S. 4–5.

trolle anderer unterworfen, sie stehen miteinander durchaus im Verhältnis des Wettbewerbs und des Konflikts, nicht jedoch in dem hierarchischer Zuordnung oder dem der Subordination.“<sup>27</sup>

Fraenkels Einfluss auf diese Aussage ist nicht zu übersehen. Für das Erkenntnisinteresse dieser Studie wesentlich ist aber, dass Steffani diese Aussage auch auf den Wissenschaftspluralismus bezieht. Und auch hier muss unterschieden werden: Konstruktionen wie „Naturwissenschaften“ seien damit nicht angesprochen, sondern „die gleichberechtigte Vertretung unterschiedlicher [...] Wissenschaftsauffassungen“. <sup>28</sup> Pluralismus in der Wissenschaft könne aber auch die wissenschaftliche Theoriebildung betreffen, wenn sie über Pluralismus spricht, und hier unterscheidet Steffani zwischen analytisch-deskriptiver „soziologischer Pluralismustheorie“ und normativen Ansätzen. Über die normativen, d. h. die politologischen Pluralismustheorien wie die von Fraenkel sagt Steffani, dass sie kaum „wertfrei“ sein können und in ihnen häufig eine „politische Grundhaltung“ vertreten wird.<sup>29</sup>

Hans Kremendahl fasst Fraenkels Pluralismustheorie gut zusammen, indem er das für das in dieser Studie verfolgte Erkenntnisinteresse Wesentliche anspricht. Kremendahl schreibt, dass der wichtigste Grundsatz des Pluralismus „agree to disagree“ lauten würde und meint damit „den Verzicht darauf, dem anderen bzw. der anderen Gruppe die eigene Auffassung aufzuzwingen“. <sup>30</sup> Zabeck zitiert nicht diese Stelle, aber aus derselben Seite.<sup>31</sup> Er könnte die Stelle also zur Kenntnis genommen haben.

## 7.2 Der Diskurs um den Wissenschaftspluralismus

Der Pluralismusbegriff, insbesondere in seiner Verwendung bei Zabeck, steht in einem engen Zusammenhang mit der hochschulpolitischen Situation der 1970er Jahre. Dabei kann er sich jedoch auf zwei Aspekte beziehen: Zum einen auf einen innerwissenschaftlichen, d. h. wissenschaftstheoretischen Diskurs und zum anderen auf wissenschafts- bzw. hochschulpolitische Fragen und Problemgegenstände.<sup>32</sup>

Mindestens für letzteres gilt, dass der Wissenschaftspluralismus im Westdeutschland der 1970er Jahre ein prominenter Begriff der hochschulpolitischen Auseinandersetzungen war. Angetrieben durch die 68er-Protestbewegung und mit dem Ruf „Marx an die Uni!“ zeigte sich eine hochschulpolitische Forderung, die eine Pluralisierung der Forschung und Lehre an den Universitäten anvisierte.<sup>33</sup> Von diesem Standpunkt aus gesehen waren die Hochschulen nicht pluralistisch organisiert und die Einstellung von marxistischen Dozenten sollte eine Vielheit an wissenschaftlichen Ansätzen sicherstellen.<sup>34</sup>

27 Steffani 1977, S. 5; Zabeck 1978b, S. 311.

28 Steffani 1977, S. 5.

29 Steffani 1977, S. 5–6.

30 Kremendahl 1977, S. 37.

31 Zabeck 1978b, S. 311.

32 Heimann 1977, S. 32.

33 Kremendahl 1972, S. 6.

34 Heimann 1978b, S. 7.

Innerhalb dieses Diskurses lässt sich die Beobachtung machen, dass Wissenschaftspluralismus als Begriff von einigen Linken eher kritisch gesehen und daher abgelehnt wurde, bis hin zur Stilisierung als eines bürgerlichen und reaktionären Kampfbegriffs, der zur Eindämmung linker Kräfte an den Universitäten gebraucht wird.

Horst Heimann deutet diese Situation als die Aufgabe eines ursprünglich progressiven Begriffs und die erleichterte Übernahme durch liberalkonservative Wissenschaftskonzeptionen, die mit ihrem „Langen Marsch durch die Begriffe“ diesen Begriff leicht besetzen und umdeuten konnten.<sup>35</sup> Ähnlich sieht dies auch Winfried Steffani: Die Linke kritisiere den Pluralismus vom Begriffsverständnis einer „revolutionären Klassenkampfform“, doch sie sehe im debattierten Wissenschaftspluralismus die Position einer „evolutionär-reformerischen Partnerschaftsvorstellung“, d. h. „Partner verstanden als Interessengegner bei gemeinsamen Fundamentalkonsens“. <sup>36</sup> Von einem revolutionären Standpunkt aus müsse dieses Begriffsverständnis abgelehnt werden.

Linke Wissenschaftler:innen und Intellektuelle mussten bestimmte politische wie öffentliche Strömungen in den 1970er Jahre als Angriff auf ihre eigene Position auffassen. Denn offenbar steht die Debatte um den Wissenschaftspluralismus – hier hauptsächlich als hochschulpolitischer Begriff – in einem engen Zusammenhang mit dem Radikalerlass.<sup>37</sup> Die öffentlich vorgetragene Funktion des Radikalerlasses, Verfassungsfeinde vom Staatsdienst fernzuhalten, um damit eine antiautoritäre Grundposition der BRD deutlich zu machen, zeigte sich bei der tatsächlichen Umsetzung eher als eine antikomunistische Maßnahme, denn von den sogenannten Berufsverboten waren überproportional häufig DKP-Mitglieder betroffen, während NPD-Mitglieder kaum betroffen waren.<sup>38</sup>

## Theoretischer Pluralismus gegen praktisch-organisatorischen Pluralismus

Eine wichtige, weil viel rezipierte und kritisierte Position in der Debatte um Wissenschaftspluralismus im Sinne hochschulpolitischer Organisation nahm die sich selbst als „sozialistisch“ bezeichnende Margherita von Brentano ein.<sup>39</sup> Horst Heimann personifiziert mit ihr den praktisch-organisatorischen Wissenschaftspluralismus.<sup>40</sup>

Brentano, die als Vizepräsidentin der Freien Universität Berlin immer wieder in Konflikt mit der Wissenschaftspolitik geraten ist und gegen die ein Disziplinarverfahren angestrengt werden sollte, weil sie angeblich im Seminar zur Revolution aufgerufen habe (was sich als falsch herausgestellt hat),<sup>41</sup> bezeichnet mit dem Begriff Wissenschaftspluralismus eine Forderung, die von außen an die Wissenschaft herangetragen wird, z. B., dass möglichst viele unterschiedliche Methoden zu verwenden seien. Kontrovers

35 Heimann 1978b, S. 8.

36 Steffani 1977, S. 23.

37 Vgl. zum Radikalerlass Heinz-Jung-Stiftung 2019.

38 Rigoll 2019, S. 83.

39 Kremendahl 1972, S. 6; Heimann 1977, S. 71 u. passim; Kremendahl 1977, S. 394 u. passim.

40 Heimann 1977, S. 42.

41 Vgl. An die Macht 1971.

zu beurteilen sei diese Forderung nach Brentano, wenn damit nach einem Konsens gerufen wird, um die Wissenschaft in ihrer Pluralität zu organisieren. Daher könne Wissenschaftspluralismus in diesem Sinne stets nur wissenschaftspolitisch gemeint sein.<sup>42</sup>

Brentano meint, dass der Wissenschaftspluralismus einerseits einen „Antagonismus von Konzepten“ beschreibt, der gleichzeitig von der Wissenschaftspolitik als Konzept genutzt wird. Doch dadurch werde die Wissenschaftspolitik selbst zur Partei „in diesem Antagonismus“, indem sie den eben erwähnten Konsens einseitig aus der Ideologie des Liberalismus, d. h. wissenschaftlich vor allem aus dem Kritischen Rationalismus ableite.<sup>43</sup>

Dass Brentano hier darauf pocht, den Wissenschaftspluralismus als wissenschaftspolitisches Instrument zu verstehen, erscheint plausibel. Denn der Wissenschaftspluralismus als interne Forderung der Wissenschaft ist so banal, dass kaum darüber gesprochen werden muss. Denn selbst innerhalb einzelner, geschlossener Methodologien wird eine Pluralität vorausgesetzt. So geht es z. B. im Kritischen Rationalismus darum, eine Vielfalt an Problemlösungsversuchen zu fördern, um sich an die jeweils vorläufige Wahrheit anzunähern. Allerdings bestehen hier natürlich auch Einschränkungen, die die Vielfalt eingrenzen. Im Kritischen Rationalismus zielen diese Einschränkungen u. a. darauf, nur empirisch überprüfbare Hypothesen zuzulassen.

Es sind diese Einschränkungen aus einer bestimmten wissenschaftstheoretischen Perspektive, die nach Brentano zur leitenden Kategorie in der Debatte um den Wissenschaftspluralismus, d. h. in der wissenschaftspolitischen Debatte werden. Für Brentano wird „der positivistische Wissenschaftsbegriff“ zum Wissenschaftsbegriff überhaupt, der „seine dem Streit entthobene Schiedsrichterrolle“ unreflektiert in den Diskurs einbringe.<sup>44</sup> Sie richtet ihre Kritik an den damaligen Wissenschaftssenator Werner Stein, den auch Zabeck mit seinem öffentlichen Abschiedsbrief kritisierte.<sup>45</sup>

Stein schreibt thematisiert in einem Essay das Verhältnis von Hochschule und Staat und nutzt als zentrale argumentative Figur die Dichotomie von Toleranz/Intoleranz. So stellt er z. B. fest, dass das Grundgesetz „keine Toleranz gegenüber Intoleranten“ kenne, und verweist auf Artikel 5 (Freiheit von Wissenschaft und Kunst) sowie Artikel 18 des Grundgesetzes.<sup>46</sup> Von der Wissenschaft fordert Stein, dass sie sich eingestehen müsse, über kein politisches Mandat zu verfügen, und dass die Entscheidung, was mit den von ihr produzierten Erkenntnissen passiert, außerhalb ihres Einflussbereichs liege.<sup>47</sup>

Auch Stein scheint eine zu große Dominanz radikal-marxistischer Studierender und Wissenschaftler:innen an den Universitäten zu fürchten. Stein geht daher auch auf den Wissenschaftspluralismus ein. Seine Ausführungen sind nicht nur für das Verstehen dieses Diskurses wichtig, sondern sie enthalten auch Elemente, die Zabeck unverändert übernommen hat. Daher ist es wichtig, das Folgende ausführlich zu zitieren. Stein schreibt, dass der Wissenschaftspluralismus bedeutet, „mit jeder Ansicht

42 Brentano 1971, S. 476–477.

43 Brentano 1971, S. 478.

44 Brentano 1971, S. 480.

45 Siehe Abschnitt 3.3.

46 Stein 1971, S. 104.

47 Stein 1971, S. 104–105.

auch die Widersprüche zu ihr [zur Wahrheit, C.P.] zu prüfen. Wissenschaft ist das genaue Gegenteil von Dogmatismus und Rechthaberei“.<sup>48</sup> Über diese Vorstellung vom Wissenschaftspluralismus schreibt Stein dann:

„Dieser notwendige wissenschaftliche Pluralismus wird häufig, wenn auch nicht besonders glaubwürdig, durch das Nebeneinander unterschiedlicher, aber jeweils intoleranter Lehrmeinungen dargestellt. Es mag dann nur eine Frage der Zeit sein, daß die intolerantere obsiegt. Tatsächlich sollte man nur den ‚Wissenschaftler‘ nennen, der diesen Pluralismus als praktische Toleranz gegenüber anderen in sich selbst trägt. Insofern dürfte ein Wissenschaftler als solcher weder ‚marxistisch‘ noch ‚nicht-marxistisch‘ sein, sondern er hätte die verschiedenen Denkansätze und Tatsachenbehauptungen an wissenschaftlichen Kriterien zu prüfen und die Ergebnisse zu publizieren.“<sup>49</sup>

In der Argumentation bezüglich des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik unterstellt Brentano Stein eine Identifikation eines positivistischen Wissenschaftsverständnisses in Anschluss an Max Weber. Dies würde problematisch, weil Stein sein Wissenschaftsverständnis als unverhandelbar, als allgemeingültige Erkenntnis darstelle. „Die These erscheint nicht als abhängig von einem bestimmten Theoriebegriff [...], sondern als *factum brutum*, als selbstverständlich“, schreibt sie.<sup>50</sup> Die weitere Argumentation unterzieht Brentano einer langen und ausschweifenden Kritik, die hier auf das Wesentliche reduzieren werden soll.

Sie interpretiert Steins Äußerungen dahingehend, dass Stein eine Auffassung von Wissenschaft offenbare, der zufolge *Wissenschaft* identisch mit *Methode* sei, und diese Methode sei wissenschaftlich, wenn sie identisch ist mit „Prüfung an Kriterien“.<sup>51</sup> Steins Begriff von Wissenschaftspluralismus drücke „Offenheit“ aus, meine aber „Neutralität“, womit Brentano Stein als Positivistin zu entlarven sucht. Als Positivistin würde Stein den Neutralitätsbegriff und den der „praktischen Toleranz“ verwischen. Denn Toleranz setze eine Differenz in der Einstellung zu einer Sache zwischen „Petenten“ und „Adressaten“ voraus. Ohne diese Differenz gebe es nichts zu tolerieren. Da Stein aber von Wissenschaftlern fordere, weder marxistisch noch nicht-marxistisch zu sein, müssten die Wissenschaftler keine Toleranz zeigen, sondern sich neutral verhalten. Denn bei einer Neutralitätsforderung unterschieden sich die Petenten voneinander, während der Adressat sich neutral verhielten. Neutralitätsforderungen seien daher grundverschieden von Toleranzforderungen. Wenn aber von Wissenschaftlern gefordert werde, sich einerseits neutral zu verhalten, andererseits „praktische Toleranz“ zu zeigen, dann werde die Neutralität selbst zur Partei und zum Schiedsrichter.<sup>52</sup> Brentanos Kritik lässt sich in drei Schritte zusammenfassen: Erstens werde ein Wissenschaftsverständnis als absolut gesetzt (Neutralität), welches selbst nicht mehr hinterfragt wird. Zweitens würden Wissenschaftler:innen aufgefordert, sich mit diesem Verständnis zu identifizieren. Drittens werde dieses Wissenschaftsverständnis Partei im Diskurs, da es eine

48 Stein 1971, S. 106.

49 Stein 1971, S. 106–107.

50 Brentano 1971, S. 481.

51 Brentano 1971, S. 482.

52 Brentano 1971, S. 483.

Wissenschaftsauffassung von vielen sei, aber gleichzeitig auch Schiedsrichter, da es von der Wissenschaftspolitik als Norm gesetzt wird.

Hans Kremendahl greift in seiner Studie zur „Pluralismustheorie in Deutschland“ auch die Debatte um den Wissenschaftspluralismus auf. Dabei unterscheidet er zwischen zwei prinzipiell denkbaren Formen von Wissenschaftspluralismus: Den Theoretischen Pluralismus, der in der Existenz einer Vielzahl an Theorien das notwendige Potential für Erkenntnisfortschritt enthält, und der praktisch-organisatorische Wissenschaftspluralismus, der Pluralismus nur als Strukturprinzip sieht und das Nebeneinander unverbundener Theorien bejaht.<sup>53</sup>

Unter dem Theoretischen Pluralismus diskutiert Kremendahl auch die Aussage Steins, die gerade in Kontext von Brentanos Kritik dargestellt wurde. Entgegen Brentano sieht Kremendahl in Steins Ausführungen keineswegs die Forderung nach Neutralität:

„Der Sinn von Steins Aussage ist, daß jeder Wissenschaftler ungeachtet seiner Präferenzen für den einen oder anderen Ansatz bereit sein muß, anhand **intersubjektiver** wissenschaftlicher Kriterien Tatsachenbehauptungen und theoretische Konstruktionen auch eines von ihm selbst nicht geteilten Ansatzes zu prüfen und zu diskutieren.“<sup>54</sup>

Im Anschluss an diese Aussage stellt Kremendahl fest, dass die Regeln wissenschaftlicher Kommunikation unabdingbar seien, um diese Überlegungen in die Realität zu überführen. Unmöglich sei ein theoretischer Pluralismus nach Kremendahl ohne die folgenden Merkmale: „Offenheit und Toleranz gegenüber anderen Auffassungen; Bereitschaft, eigene Aussagen an der Realität zu überprüfen und offenkundig falsche Sätze nicht gegen empirische Ergebnisse aufrechtzuerhalten; Legitimität neuartiger Fragestellungen [...]“ usw.<sup>55</sup>

Doch gerade diejenigen, die einem praktisch-organisatorischen Wissenschaftspluralismus anhängen – und dazu gehört Margherita von Brentano – würden diese Merkmale eines Minimalkonsenses als ideologisch kritisieren und dabei die geforderte Offenheit nicht zeigen.

Brentanos Vorwurf, der auch von Kremendahl bevorzugte theoretische Pluralismus würde zugleich Partei und Schiedsrichter sein, wird von Kremendahl angesprochen.<sup>56</sup> Allerdings versucht er nicht, diesen zu entkräften, bzw. geht nicht wirklich darauf ein. Stattdessen unterstellt er gleichsam ideologiekritisch den Befürworter:innen eines praktisch-organisatorischen Wissenschaftspluralismus, diese wollten ihre eigentlichen Ziele, die Durchsetzung des Marxismus als einzige Wahrheit nur verschleiern.<sup>57</sup> Kremendahl beendet seine Kritik mit der Feststellung, dass ein „voraussetzungsloser, rein praktisch-organisatorischer Pluralismus“ nicht ausreiche, um Wissenschaft von Dogmatis-

53 Kremendahl 1977, S. 391–392.

54 Kremendahl 1977, S. 396, Hervorhebung im Original.

55 Kremendahl 1977, S. 396.

56 Kremendahl 1977, S. 403.

57 Kremendahl 1977, S. 405.

mus zu trennen. Daher brauche es einen „Pluralismus als Theorieprinzip und als Strukturprinzip“. <sup>58</sup>

## Die Kritik an den Positionen von Kremendahl und Brentano

Horst Heimann hat in der Debatte den Versuch unternommen, eine vermittelnde Position einzunehmen. Für Heimann begehen die Vertreter:innen der liberalen Position, d. h. des Theoretischen Pluralismus, den Fehler, ihre Begriffe von Wissenschaftlichkeit – „Konsensus, rationale Konfliktaustragung, Toleranz, Dialog, Offenheit“ <sup>59</sup> – als Kriterien für eine Diagnose des Zustandes der Geistes- und Sozialwissenschaften zu nutzen und damit zu überschätzen. In dieser Perspektive befinden sich die Geistes- und Sozialwissenschaften deshalb in einem Zustand der Krise, da diese Begriffe von Wissenschaftlichkeit nicht mehr von allen akzeptiert und getragen werden. Als Krisenverursacher werden von den Liberalen die Marxisten identifiziert. Daher sei eine „Therapie“ anzusetzen, die die Begriffe zu theoretischen Postulaten des Wissenschaftspluralismus mache, um damit antipluralistische Ansätze wie den marxistischen zu verdrängen. <sup>60</sup>

Doch diese auf wissenschaftstheoretischer Ebene fruchtbar anmutende Ansatz versiege unter hochschulpolitischen Machtansprüchen. Der Ansatz scheint zwar zunächst fruchtbar zu sein, da hierdurch ein Dialog in Gang gesetzt werden könnte: Die Liberalen müssten sämtliche Positionen und nicht nur die Marxisten von den genannten Postulaten überzeugen und die anderen Positionen müssten sich kritisch damit auseinandersetzen. <sup>61</sup> Allerdings sei dieser Dialog gar nicht von den Liberalen beabsichtigt, so Heimann.

Denn der Adressat der genannten Postulate sei nicht etwa wissenschaftsintern zu suchen, sondern bei den politischen Instanzen der Hochschulen und des Staates, die aufgefordert seien, nur diejenigen als Wissenschaftler einzustellen, die gemessen an den festgelegten Kriterien unbedenklich seien. „Die Anerkennung der theoretischen Postulate des Wissenschaftspluralismus wäre dann nicht ein Ziel der wissenschaftlichen Auseinandersetzung, sondern die Bedingung für die Teilnahme an einer solchen Diskussion“. <sup>62</sup>

Hans Kremendahl dient Heimann als Beispiel für diese Einstellung. Kremendahl schreibt:

„Die Frage nach dem Wahrer des wissenschaftlichen Minimalkonsenses, dem Garanten der Spielregeln wissenschaftlicher Kommunikation beantwortet sich von daher wie folgt: Es ist legitim und notwendig, daß der Staat als gesellschaftliche Gesamtorganisation die Strukturen festlegt, in denen sich der Wissenschaftsprozess in Lehre und Forschung vollzieht. Die Spielregeln der inneruniversitären Auseinandersetzung müssen gesichert werden im Rahmen des demokratischen politischen Konsenses der Gesellschaft, der in den staatlichen Institutionen gefunden und artikuliert wird. Von der Universität aus Anstöße zu einer demokratischen Veränderung der Gesellschaft zu geben, ist zulässig, ja unabdingbar. Weder zulässig noch möglich ist es

58 Kremendahl 1977, S. 409.

59 Heimann 1977, S. 51.

60 Heimann 1977, S. 52.

61 Heimann 1977, S. 52.

62 Heimann 1977, S. 52.

jedoch, die Universität unter Ausnutzung ihrer Autonomie durch die Etablierung eines dogmatischen Ansatzes mit Absolutheitsanspruch zu einem Gegenstaat im Staate umzufunktionieren.“<sup>63</sup>

Heimann rechnet Kremendahl dem linken Flügel der SPD zu, der allerdings mit diesen Aussagen die hochschulpolitische Position der „Gegenreformer“ (BFW) übernimmt bzw. mit ihnen übereinstimmt. Denn Kremendahl nimmt eine Diagnose vor – das Problem seien die Marxisten –, die mit seiner vorgeschlagenen Therapie der Eindämmung des Einflusses der Marxisten, der hochschulpolitischen Forderung der Gegenreformer entspricht: Diese Eindämmung könne nur über eine administrative Vormachtstellung der Ordinarien erfolgen, denn die anderen Vertreter in den paritätisch besetzten Gremien seien bereits so stark vom Marxismus beeinflusst, dass keine Maßnahmen gegen sie getroffen werden könnten.<sup>64</sup>

Kremendahl begeht nach Heimann demnach den Fehler, eine Diagnose zu stellen, die von den Gegnern der Hochschulreform geteilt wird. So ist es für die Kremendahl eigentlich entgegengesetzte Partei möglich, Kremendahls Argumentation für die eigenen Zwecke zu nutzen. Daher diskutiert Heimann die Diagnose und fragt, ob diese überhaupt richtig sei. Seine Aussagen sind von besonderem Interesse, da sie sich konträr zu der von Zabeck geteilten Diagnose verhält.

Kremendahl stellt nach Heimann die Diagnose, dass die „theoretischen Postulate und Normen des liberal-pluralistischen Konzepts des Wissenschaftspluralismus“<sup>65</sup> nicht mehr von allen Wissenschaftlern geteilt werden. Diese Aussage lässt sich auch bei Zabeck finden.<sup>66</sup> Diese Diagnose sei falsch, so Heimann, da erstens in Zeiten, in denen der Einfluss marxistischer Wissenschaftskonzeptionen an deutschen Universitäten als gering einzuschätzen sei, die Vertreter:innen anderer Wissenschaftskonzeptionen sich untereinander nicht so tolerant und diskussionsbereit gezeigt haben, wie die Diagnose es darstellt, und zweitens konkrete Normen wie Wertfreiheit nicht einmal innerhalb der als homogen konstruierten Gruppe des liberal-pluralistischen Konzepts geteilt worden seien.<sup>67</sup> So habe sich z. B. Wilhelm Hennis, BFW-Mitglied und der „zornige Antipode“ der Studentenbewegung,<sup>68</sup> vom Standpunkt der normativ-praktischen Politikwissenschaft aus vehement gegen das Wertfreiheits-Postulat gewendet.<sup>69</sup>

Der Politikwissenschaftler Nikolaus Lobkowicz dient Heimann als weiteres Beispiel für die Inkohärenz der liberal-pluralistischen Konzeption des Wissenschaftspluralismus. Von Heimann als konservativ etikettiert, aber auch sich selbst als „konservativen Katholiken“ bezeichnend, betont Heimann, dieser zähle es zu den „Verdiensten“ der Neuen Linken, über das Werturteilsfreiheits-Postulat kritisch zu reflektieren.<sup>70</sup> In der

63 Kremendahl 1972, S. 6.

64 Heimann 1977, S. 53–54.

65 Heimann 1977, S. 56.

66 Zabeck 1978b, S. 292; Zabeck 1978a, S. 341.

67 Heimann 1977, S. 56–57.

68 Wehrs 2014, S. 186.

69 Heimann 1977, S. 59. Hennis hat sich auch innerhalb des BFW für diese Position stark gemacht und vor einem Ausweichen von normativen Fragen gewarnt, Wehrs 2014, S. 186–187.

70 Heimann 1977, S. 60.

Tat betont Lobkowicz dies, wenn er schreibt, dass die von vielen Wissenschaftlern geteilte Annahme in Frage gestellt werden muss, ob denn wirklich „Wissenschaft und Wissenschaftspolitik zwei säuberlich zu trennende Bereiche sind“. <sup>71</sup>

Heimann meint, dass das Grundproblem der gesamten Debatte um den Wissenschaftspluralismus darin zu suchen sei, dass permanent in pauschalisierender Art und Weise einer Position alles Mögliche unterstellt wird, ohne dabei die notwendigen Differenzierungen vorzunehmen. So weist Heimann z. B. darauf hin, dass der Wissenschaftspluralismus in der Tat insofern an den Universitäten zu Beginn der 1970er Jahre gefährdet war, als sich einige Studierende nur noch bereit zeigten, marxistische Lehrveranstaltungen von marxistischen Dozenten zu besuchen. Doch sei die Schuld nicht bei der marxistischen Wissenschaft zu suchen, sondern bei den Studierenden. <sup>72</sup>

Heimann kritisiert aber nicht nur die Positionen des Theoretischen Pluralismus, sondern auch die von Brentanos und anderer, die einen praktisch-organisatorischen Wissenschaftspluralismus fordern. <sup>73</sup> Brentanos Kritik am Positivismus, d. h. am Kritischen Rationalismus sei einseitig, da sie dieser Wissenschaft unterstelle, aus ihrer inneren Logik leite sich ein administrativer Zwang nach Ausschaltung aller anderen Wissenschaftsauffassungen ab. <sup>74</sup> Doch der Kritische Rationalismus könne für sich genommen durchaus als Partner im Wissenschaftsprozess, d. h. auch für Marxisten, verstanden werden, wenngleich Heimann nicht leugnet, dass einzelne Kritische Rationalisten eindeutig rechts der Mitte stehen und die Hochschulreform und den Begriff der Demokratisierung unter reaktionären Vorzeichen ablehnten. <sup>75</sup>

Dadurch, dass Brentano in ihrer Kritik aber so fundamental ist und alles „Linke“ am Kritischen Rationalismus ausblendet, verhindere sie und viele weitere der akademischen Linken einen konstruktiven Dialog. <sup>76</sup> Sie zeige gerade keine Dialogbereitschaft, weil sie die Sorgen der anderen Seite nicht respektvoll diskutiere und das Problem des Wissenschaftspluralismus als ein rein bürokratisches, nicht aber als ein innerwissenschaftliches betrachte. Sie müsse aber mindestens die Bedenken adressieren und deutlich machen, dass von einer marxistischen Wissenschaft in der Tat keine Gefahr für den wissenschaftlichen wie politischen Pluralismus ausgeht. <sup>77</sup>

Heimann appelliert an eine Orientierung an Dialogizität im wissenschaftlichen Diskurs. <sup>78</sup> Das Freund-Feind-Denken sei nicht nur für die Wissenschaft als solche unproduktiv, sondern auch für die marxistische Wissenschaft (der Heimann selbst nahesteht),

<sup>71</sup> Lobkowicz 1972, S. 378.

<sup>72</sup> Heimann 1977, S. 66. Heimann schrieb seine Kritik an der Debatte um Wissenschaftspluralismus 1977 und hielt darin auch fest, dass vermehrt Studierende in „bürgerliche“ Lehrveranstaltungen strömen würden und sich so ein Gleichgewicht wie von selbst herstellt.

<sup>73</sup> Vgl. für eine weitere kritisch betrachtete Schrift Preuß 1973.

<sup>74</sup> Heimann 1977, S. 71.

<sup>75</sup> Heimann 1977, S. 79.

<sup>76</sup> Heimann 1977, S. 81.

<sup>77</sup> Heimann 1977, S. 94–97.

<sup>78</sup> Vgl. zu einer dialogischen Theorie in der Wissenschaft auch Zima 2017. Dass „Dialog statt Dogmatismus“ zwischen den beiden diskutierten Streitparteien möglich sein kann, zeigt auch der gleichnamige Band von Horst Heimann, vgl. Heimann 1978a.

weil die Chance auf Verwirklichung eines praktisch-organisatorischen Wissenschaftspluralismus nicht nur von Appellen an die Wissenschaftsbükratie abhinge, sondern auch von der Überzeugung nicht-marxistischer Wissenschaftler:innen, mit denen die Marxisten in den Selbstverwaltungsgremien zusammenarbeiten müssten.<sup>79</sup> Heimanns Kritik macht aber vor allem klar, dass sich der Diskurs um den Wissenschaftspluralismus weder auf die Sorge nach Erkenntnisfortschritt noch auf bloße ideologische Verschleierung und verdeckte hochschulpolitische Machtphantasien reduzieren lässt.

Dass marxistische Wissenschaft bzw. Wissenschaftler:innen nicht notwendigerweise antipluralistisch sind, wie es die Anhänger:innen eines demokratischen und gesellschaftspolitischen Pluralismusbegriffs wie Hans Kremendahl sehen, und dass diese Wissenschaftler:innen nicht zwingend von einer Unfehlbarkeitsdoktrin des Marxismus ausgehen, zeigte z. B. der italienische Wissenschaftler und Funktionär der Kommunistischen Partei Italiens, Lucio Lombardo-Radice.<sup>80</sup> Kremendahl sah folgerichtig in Lombardo-Radice ein Beispiel für die Dialogfähigkeit dieser Wissenschaftsauffassung.<sup>81</sup>

### 7.3 Zabecks Pluralismusbegriff im Diskurs um den Wissenschaftspluralismus

Zabecks Pluralismusbegriff zeigt sich zunächst nicht unmittelbar im Paradigmenpluralismus, d. h. im Haupttext selbst, sondern ist am besten an seiner Verwendung der Theorie der semantischen Stufen verständlich zu machen. Diese Theorie wählte Zabeck, um in den 1960er Jahren eine sprachanalytische Kritik der damaligen methodologischen Situation der Pädagogik vornehmen zu können. Er begründete damit insbesondere die Zuordnung der Wirtschaftspädagogik als erziehungswissenschaftliche Teildisziplin. Nur durch diesen theoretischen Zugang ist der Geltungsbereich des Paradigmenpluralismus angemessen zu verstehen.

#### Theorie der semantischen Stufen

In der Auseinandersetzung mit Zabecks Pluralismusverständnis ist zunächst die Rekonstruktion der Theorie semantischer Stufen notwendig. Denn bereits diskutierte Elemente des Paradigmenpluralismus werden dadurch verständlicher. Die engste Verbindung zwischen diesen Überlegungen und dem Paradigmenpluralismus gibt es aber mit dem Pluralismusbegriff, da sowohl mit dem Pluralismusbegriff als auch mit der Theorie semantischer Stufen ein Ordnungsanspruch erhoben wird. Bei Zabeck vermischen sich diese beiden Ordnungsansprüche bzw. werden beide aufeinander bezogen.

Eine Beschäftigung mit Zabecks Theorie semantischer Stufen ist in diesem Kontext auch deshalb notwendig, weil er die folgende Aussage im Haupttext macht: Es „sei darauf hingewiesen, daß der Paradigmapluralismus nicht dem objektsprachlichen ‚Theorienpluralismus‘ entspricht [...]. Demgegenüber handelt es sich beim Paradigmapluralismus

79 Heimann 1977, S. 95–96.

80 Vgl. Lombardo-Radice 1973.

81 Kremendahl 1977, S. 408.

um einen Pluralismus auf der Metaebene“.<sup>82</sup> Diese Aussage, die sich unter den Anmerkungen wiederfindet, betrifft den Geltungsbereich des Paradigmenpluralismus.

Zabecks Aufsatz zur Theorie der semantischen Stufen ist in den Diskurs um die Stellung der Wirtschaftspädagogik in der Pädagogik einzuordnen, denn mit diesem Text griff Zabeck als Nachwuchswissenschaftler in diesen Diskurs ein. Zur Entstehung und Motivation des Aufsatzes gibt es eine Quelle, die teilweise Erkenntnisse zu diesen Aspekten übermittelt. Mit einem Brief an Herwig Blankertz scheint Zabeck diesen Aufsatz als Anlage mitgeschickt zu haben. Im Brief heißt es hierzu, dass der Aufsatz bereits längere Zeit fertig geschrieben war und „ursprünglich nur den Komplex Sprachanalyse-Erziehungswissenschaft“ umfassen sollte. Doch Zabeck scheiterte dabei, den Aufsatz in allgemeinpädagogischen Zeitschriften zu publizieren, da sich „die Herausgeber [...] an der extremen methodologischen Konzeption eines unbekannten Anfängers uninteressiert zeigten“.<sup>83</sup>

Der Aufsatz selbst ist relativ umfangreich. Nachdem er die ersten Seiten dafür nutzt, den Diskussionsstand aufzuarbeiten, macht er seine Motivation klar:

„Wer nun meint, daß es im Interesse einer sinnvollen Bewältigung der uns gestellten erzieherischen Aufgabe notwendig sei, die Erziehungswissenschaft mit ihren möglichen Differenzierungen als eine eigenständige und einheitliche hermeneutisch-pragmatische Disziplin zu bewahren bzw. neu zu begründen, wäre schlecht beraten, wenn er den sich abzeichnenden Auflösungserscheinungen und der ungeklärten methodologischen Situation der Teildisziplinen mit Bekenntnissen begegnen wollte.“<sup>84</sup>

Damit kritisiert Zabeck zunächst den bisherigen Diskurs, denn dieser sei – und damit fügt sich dieser Aufsatz in die Kritik der tradierten Wissenschaftsauffassung der BWP ein –<sup>85</sup> zu spekulativ in der Art, dass keine empirischen Inhalte enthalten sind, d. h. die Bezugnahme zur Realität fehlt. Gleichzeitig deutet Zabeck hiermit einen Hang zu denjenigen Argumentationsmustern an, die sich auch in der Krisenerzählung wiederfinden, indem er davon spricht, dass sich „Auflösungserscheinungen“ abzeichnen. Das Ziel seiner Untersuchung wird dann direkt im Anschluss klar, wenn Zabeck schreibt, dass man sich „vielmehr bewußt machen [muss, C. P.], daß ein Auseinanderfallen und ein Nicht-zusammenfinden der Disziplin solange zu befürchten bleibt, als nicht völlig klar ist, welchen inneren Aufbau sie hat“.<sup>86</sup>

Zabeck verweist auf viele Autoren, wo er auf die Theorie semantischer Stufen zu sprechen kommt. Aus der Art und Weise, wie Zabeck die verschiedenen Quellen nutzt, was in den Fußnoten abzulesen ist, wird schnell klar, dass Zabecks Hauptquelle Joseph Bocheński „Die Zeitgenössischen Denkmethode“ ist. Bocheński macht das Ziel dieser Theorie deutlich, indem er schreibt, dass „man die Sprache über die Dinge von der Sprache über die Sprache selbst“ unterscheiden muss.<sup>87</sup>

82 Zabeck 1978b, S. 329.

83 Zabeck an Blankertz, 20.11.1965.

84 Zabeck 1965b, S. 807.

85 Siehe Abschnitt 3.3.

86 Zabeck 1965b, S. 807.

87 Bocheński 1959, S. 59.

Daraus leitet sich die Theorie ab. Sie geht von einer Null-Stufe aus, die von einem spezifischen Standpunkt aus gesehen keine Zeichen enthält. Auf der nächsten Stufe, der Objekt-Stufe, wird über die Elemente der Null-Stufe gesprochen. Auf der Meta-Stufe wird in einer Meta-Sprache über die Objekt-Stufe als Objekt-Sprache gesprochen. Die Reihe ließe sich unendlich wiederholen.<sup>88</sup>

Ganz wichtig auch für den hier relevanten Erkenntniszusammenhang ist die Konsequenz, die Bocheński aus dieser Theorie ableitet. Denn nun muss „jeder Ausdruck, in welchem von diesem Ausdruck selbst die Rede ist, als „sinnlos“ betrachtet werden. Aussagen dürfen sich nie auf zwei oder mehr Stufen des Modells befinden.“<sup>89</sup> Bocheńskis Beispiel ist das Lügner-Paradoxon: Wenn jemand behauptet, ein Satz sei falsch, kann diese Aussage zugleich wahr und falsch sein. Mit der Theorie der semantischen Stufen wird klar, dass diese Aussage sinnlos sei, denn sie steht gleichzeitig auf der Null-Stufe und der Objekt-Stufe.<sup>90</sup>

Dass es Zabeck darum geht, mit der Theorie der semantischen Stufen das Ziel zu verfolgen, eine Struktur in das von ihm wahrgenommene Chaos der Erziehungswissenschaft zu bringen, machen auch Ausführungen deutlich, die er über 30 Jahre später in einem Aufsatz publizierte. So spricht er davon, dass das „Stadium der *chaotischen* Disziplinentwicklung noch nicht voll ausgereizt“ sei und kritisiert die Erziehungswissenschaftler, die „im Elfenbeinturm der Wissenschaft“ und „abseits sozialer Bedürfnislagen“ mit ihren Metanalysen kaum nachvollziehbare Klarheit zur Struktur der Erziehungswissenschaft lieferten.<sup>91</sup> Dabei fordert er, „im Interesse der Festigung von *Außenlegitimität* per *Strukturierung* Klarheit für Wissenschaft und Praxis zu schaffen“.<sup>92</sup>

Die zentralen Begriffe und die Struktur dieser Begriffe innerhalb der diskutierten Theorie beschreibt Zabeck folgendermaßen:

„Was von einem bestimmten Standpunkt aus als etwas Unsprachlich-Gegenständliches vorgefunden wird, stellt kein sprachliches Zeichen dar und wird deshalb als *Null-Stufe* bezeichnet: die sprachliche Erfassung dieser Gegenstände geschieht in einer *Objektsprache*. An diese erste Sprachstufe schließt sich eine zweite – die Stufe der *Meta-sprache* – an: sie besteht aus Zeichen, welche auf die Zeichen der Objektsprache gerichtet sind. Auf diese Metasprache kann sich wiederum eine Meta-Meta-Sprache beziehen.“<sup>93</sup>

Die Grundüberlegungen sollten unmittelbar einsichtig werden: Mit dieser Theorie ist es Zabeck möglich, das Verhältnis von Gegenstand-Teildisziplin-Disziplin-Wissenschaft zu bestimmen und so die von ihm ungeklärte Ordnung der Erziehungswissenschaft und ihrer Teildisziplinen herzustellen. Aus der weiteren Diskussion, die hier nicht dargestellt wird, weil sie für das Erkenntnisinteresse nicht wesentlich ist, zieht Zabeck das Fazit,

88 Bocheński 1959, S. 59.

89 Bocheński 1959, S. 59.

90 Bocheński 1959, S. 59–60.

91 Zabeck 1998, S. 183, Hervorhebung im Original.

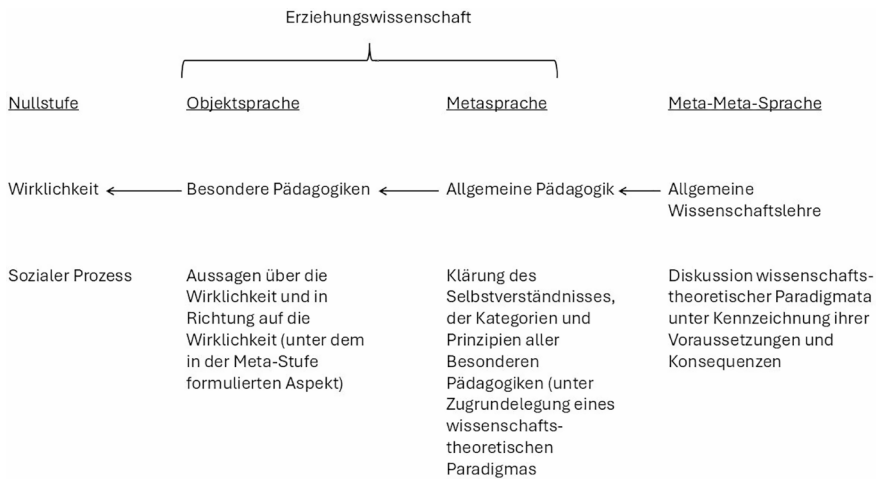
92 Zabeck 1998, S. 183, Hervorhebung im Original.

93 Zabeck 1965b, S. 810, Hervorhebung im Original.

dass sich aus „der notwendigen Wechselbeziehung zwischen unserem objektsprachlichen Ansatz und der Metapädagogik“ die Konsequenz ergibt, dass „die Berufs- und Wirtschaftspädagogik nur als Glied der Erziehungswissenschaft denkbar“ ist. Die BWP dürfe sich nicht „auf Verselbständigung“ als disziplinpolitisches Ziel einlassen. Vielmehr müsse sie aktiv „in die Grundlagendiskussion der Metapädagogik“ eingreifen.<sup>94</sup>

Die Theorie semantischer Stufen wird so, wie Zabeck sie auf die Erziehungswissenschaft anwendet, vielleicht am verständlichsten, wenn man in das Vorlesungsmanuskript von 1980 blickt. Das Zabeck diese Theorie hier behandelt, spricht noch einmal für die Bedeutung, die er diesen Überlegungen beimisst. Hier zeigt er schematisch, wie die einzelnen Stufen zueinanderstehen und was unter sie gefasst wird:

Abbildung 2: Schema Theorie semantischer Stufen.



Quelle: Zabeck 1980c, S. 5, eigene Nachbildung des Originals.

Aus dieser Abbildung wird klar: Zabeck begründet hiermit auch eine Distanz des Erziehungswissenschaftlers zum Gegenstand. Denn der Gegenstand, der soziale Prozess der Erziehung, ist etwas „Unsprachlich-Vorgefundenes“ und hat daher keine eigene Stimme, die bedeutsam werden müsste, wenn man den Gegenstand erforscht.<sup>95</sup> „Die Erziehungswissenschaft steht in Distanz zur Erziehung“, heißt es zur Erläuterung der Objektsprache. „Im Unterschied zum praktischen Erzieher gibt es für den Erziehungswissenschaftler keinen Zwang des Handelns“; dieser würde die „vorgefundene Wirklichkeit“ nur beschreiben.<sup>96</sup>

Damit wird nun Zabecks ablehnende Haltung gegenüber der Modellversuchsforschung verständlicher, die er im Text von 2009 dargelegt hat. Denn aus diesem Schema wird klar, dass für Zabeck eine klare Trennung zwischen dem Forschungsgegenstand

<sup>94</sup> Zabeck 1965b, S. 827.

<sup>95</sup> Zabeck 1980c, S. 5.

<sup>96</sup> Zabeck 1980c, S. 5.

und der Forschung besteht. Die Prämisse der Modellversuchsforschung bzw. des Design-Based-Research-Ansatzes werden dadurch negiert. Zabeck nimmt eine klare Setzung vor: Erziehungswissenschaft spricht *über* Erziehung, aber niemals *mit* der Erziehung, um im Bild zu bleiben.

## Der Geltungsbereich des Paradigmenpluralismus

Der Pluralismusbegriff wird als solcher im Haupttext, vor allem im Vergleich zu anderen Begriffen, kaum von Zabeck benutzt und erklärt. Der Paradigmenpluralismus fordere „im Interesse der Außenlegitimität [...] die Anwendung unterschiedlicher und nicht miteinander vereinbarer Paradigmata“. Das Ziel sei es, die „Institutionalisierung eines wissenschaftstheoretischen Chaos‘ [sic] zu vermeiden“.<sup>97</sup> Mit „Pluralismus“ meint Zabeck keine „bloße Vielheit wissenschaftstheoretischer Ansätze, sondern eine bestimmte wissenschaftstheoretische Organisation“. Er schließt sich Fraenkels politologischen Pluralismusbegriff an, indem er sagt, dass die „Einführung eines Regulativs“ notwendig sei.<sup>98</sup> Dieser Anschluss erfolgt auch dadurch, dass Zabeck, auf Kremendahl bezugnehmend,<sup>99</sup> die Sicherung von Heterogenität fordert: „Von Pluralismus lässt sich nur sprechen, wenn gleichzeitig die normativ-legitimitorische Anerkennung (Vielfalt als Prinzip) der Heterogenität eingeschlossen ist“.<sup>100</sup>

Mit dem angeführten Zitat übernimmt Zabeck die Position des Theoretischen Pluralismus, dem im Diskurs um den Wissenschaftspluralismus der Vorwurf gemacht wurde, er sei Partei und Schiedsrichter in eins. Dass dies für ihn kein Problem darstellt, macht Zabeck ziemlich deutlich, indem er im Anschluss an die in Abschnitt 7.2 vorgestellte Kritik an Margherita von Brentano schreibt, dass niemand abstreiten könne, dass „mit der Setzung der Spielregeln des Pluralismus eine Entscheidung gegen andere Prinzipien fällt, so z. B. gegen das mit einem Totalitätsanspruch ausgestattete Organisationsprinzip marxistischer Wissenschaft“.<sup>101</sup>

Außerdem glaubt Zabeck, dass Brentanos Kritik ohnehin ins Leere läuft, denn das „auf Metaebene gesetzte normative Pluralismusprinzip“ würde in keinem Widerspruch „zu dem für die objektsprachliche Ebene der Wissenschaft geltende Toleranzprinzip“ stehen.<sup>102</sup> Damit bezieht er sich auf die Theorie der semantischen Stufen. Dies wird auch deutlich, wenn Zabeck direkt im Anschluss schreibt, dass sein Einwand „von der neomar-

97 Zabeck 1978b, S. 310–311.

98 Zabeck 1978b, S. 311. Dieses Regulativ ist identisch mit dem im Kontext des Wissenschaftspluralismus angeführten „Minimalkonsens“, der von Zabeck das „berufspädagogische“ bzw. „erziehungswissenschaftliche Prinzip“ genannt wird. Dieses Prinzip wird im nächsten Kapitel ausführlich diskutiert. An dieser Stelle soll es darum gehen, welche Konsequenzen Zabecks Einlassungen auf den politologischen Pluralismusbegriff für die Positionierungen im Diskurs um Wissenschaftspluralismus haben.

99 Kremendahl 1977, S. 33.

100 Zabeck 1978b, S. 311.

101 Zabeck 1978b, S. 311–312.

102 Zabeck 1978b, S. 311.

xistischen Kritik verkannt“ werde, da „ihr holistischer, Theorie und Praxis umschließender Ansatz die sprachanalytische Unterscheidung semantischer Stufen nicht zulässt“. <sup>103</sup>

Diese Einlassungen sind aufschlussreich, denn sie verweisen auf den Geltungsbereich des Paradigmenpluralismus. Allerdings deutet es sich an, dass Zabeck sich widerspricht: Während es im Haupttext, wie gerade zitiert, heißt, dass „auf Metaebene gesetzte normative Pluralismusprinzip“ sei gemeint, wird daraus im Vorlesungsmanuscript: „Das auf der Meta-Meta-Ebene gesetzte normative Pluralismusprinzip“. <sup>104</sup> Dieser Wechsel hat durchaus Konsequenzen: Würde sich Zabeck mit dem Pluralismusprinzip auf die Meta-Meta-Ebene beziehen, bedeutet dies im Rahmen seiner eigenen Theorie, dass die Auseinandersetzung um den Paradigmenpluralismus sich nicht mehr auf die Erziehungswissenschaft bezieht, sondern im Diskursraum der allgemeinen Wissenschaftstheorie liegt. Wenn die Meta-Ebene gemeint ist, wäre der Paradigmenpluralismus eine erziehungswissenschaftliche Angelegenheit.

Dieser scheinbare Widerspruch kann hier nicht aufgelöst werden. In anderen Texten geht Zabeck nicht, zumindest so explizit wie hier, auf den Geltungsbereich ein. Weder im Text in der Schmiel-Festschrift <sup>105</sup> noch im Text von 2009 <sup>106</sup> wird die Frage nach der Sprachstufe angesprochen.

Wenn die Meta-Ebene gemeint ist, dann würde dies bedeuten, dass die in Kapitel 5 aufgeworfene Frage zum Verhältnis zwischen Erziehungswissenschaft und BWP weiter diskutiert werden könnte. <sup>107</sup> Dort ging es um die Frage, ob die Forderung zur Herstellung von Binnen- und Außenlegitimität nur die Teildisziplinen betrifft oder sich in der Erziehungswissenschaft darum bemüht werden muss.

Dass Zabeck immer wieder zwischen Erziehungswissenschaft und BWP wechselt, liegt darin begründet, dass die Auseinandersetzung um einen Paradigmenpluralismus auf der Metaebene seines Modells liegt, wo die verschiedenen Teildisziplinen (Besonderen Erziehungswissenschaften) in einen Dialog eintreten und ihr jeweiliges Selbstverständnis, Kategorien usw. in der Verbindung an die anderen Teildisziplinen aushandeln. Erziehungswissenschaft wird so ein Diskursraum, an dem alle sich als erziehungswissenschaftlich verstehenden Teildisziplinen teilnehmen. „Alle Besonderen Erziehungswissenschaften sind auf einen Paradigmenpluralismus verwiesen, schon um ihre Außenlegitimität nicht zu gefährden“, heißt es in einem anderen Text hierzu. <sup>108</sup>

Diese Teildisziplinen treten dann auf der Objektebene in die eigentliche wissenschaftliche Beschäftigung, d. h. die Erforschung ihres Gegenstandes. Diese Forschung findet nach Zabeck für jede Teildisziplin im Rahmen eines Paradigmenpluralismus statt, der wiederum auf der Metasprache und damit im Zusammenhang mit den anderen Teildisziplinen diskutiert wird. So scheint Zabeck das Problem umgehen zu wollen, dass sich die Teildisziplinen gewissermaßen um sich selbst drehen und dabei das genuin Erziehungswissenschaftliche nicht erfassen.

103 Zabeck 1978b, S. 311.

104 Zabeck 1980c, S. 15.

105 Vgl. Zabeck 1978a.

106 Vgl. Zabeck 2009.

107 Siehe Kapitel 5, besonders Abschnitt 5.5.

108 Zabeck 1998, S. 181.

Wenn Zabeck nun meint, dass es Ansätze gibt, die diese semantische Stufendifferenzierung nicht zulassen, dann zielt er darauf, diese Ansätze auszuschließen, da diese Differenzierung die notwendige Voraussetzung ist, am erziehungswissenschaftlichen Prozess teilzunehmen. So verschmelzen der Paradigmenpluralismus und Zabecks Vorstellung von der Struktur der Erziehungswissenschaft, dargestellt anhand der Theorie semantischer Stufen.

In anderen Texten deutet Zabeck noch etwas Wichtiges zum Pluralismusbegriff und dessen Funktion für den Paradigmenpluralismus an. So heißt es in der Einleitung zu seiner Aufsatzsammlung, dass sich die „positive Einschätzung eines Paradigmenpluralismus“ auf einer „konstruktiven Interpretation der Postmoderne“ stütze. Dieser Interpretation folgend heißt es, die „Bejahung der Vielfalt [werde, C. P.] zum Programm erhoben“, was allerdings nicht bedeute, dass das „Prinzipielle verabschiedet werde“ sowie dass „Verstand und Gefühl, Vernunft und Irrationalismus gleichberechtigt seien“.<sup>109</sup>

Denn trotz der Auflösung letzter Gewissheiten durch die Postmoderne erkennt Zabeck eine einzigartige Stellung wissenschaftlicher Disziplinen in der Welt. Radikale postmoderne Interpretationen lehnt er ab, und zwar diejenigen, „der sich die Idee der Wissenschaft nicht subsumieren“ lassen. In der von Zabeck bevorzugten Postmoderne „geht es um die Eröffnung von Wahlfreiheit und darum, von ihr verantwortlich Gebrauch zu machen, nicht um Parteinahme für die Position des ‚anything goes‘“.<sup>110</sup>

Zabeck lehnt sich mit diesen Aussagen an Wolfgang Welsch und dessen Überlegungen zur Postmoderne an. Die Texte von Welsch, die Zabeck zitiert, sind in den späten 1980er Jahren erschienen, erschienen also deutlich nach dem Haupttext.

Welsch geht in dem Text, den Zabeck zitiert, in der Tat von einem positiven Postmoderne-Begriff aus. An der Stelle, die Zabeck zitiert, versucht Welsch seine Position gegenüber zwei Extrempunkten abzugrenzen: Das erste Extrem sieht Welsch in einer melancholischen, pessimistischen Klage über den Verlust der Einheit, die letztlich keinen Weg nach vorne sucht, sondern zurück blickt und das „Heil doch in Einheit“ sieht; das zweite Extrem ist das „anything goes“, das Welsch mit Feyerabend personifiziert.<sup>111</sup> Doch die Position Feyerabends sei eine „kontraproduktive Praxis der Pluralität“, denn sie mache „das gleichermaßen Gültige zum Gleichgültigen“. Welschs Konzept stünde dem entgegen. Es setze „auf die Beachtung und Schärfung der Differenzen“.<sup>112</sup>

## 7.4 Kritik an der Theorie semantischer Stufen bei Zabeck

Die Theorie semantischer Stufen muss bei Zabeck wohl in zwei verschiedenen Bedeutungszusammenhängen diskutiert werden. Als Mittel zum Verständlich machen der Ordnung der einzelnen Teildisziplinen zueinander erscheint die Theorie durchaus hilfreich. Das sich die Teildisziplinen auf einer Meta-Ebene über erziehungswissenschaftliche Begriffe austauschen, scheint eine angemessene Beschreibung der Realität

109 Zabeck 1992c, S. 6.

110 Zabeck 1992b, S. 6.

111 Welsch 1988, S. 41.

112 Welsch 1988, S. 42.

zu sein. So können einerseits Eigenbrötler, d. h. Abschottung gegenüber anderen Teildisziplinen vermieden, andererseits die Teildisziplinen auf ihr Kerngeschäft zurückverwiesen werden.

Als Zabeck aber anfängt, die Theorie gewissermaßen zu verabsolutieren, um sie in der wissenschaftspolitischen Diskussion anzuwenden, scheinen ihm die Schwierigkeiten und Widersprüche, die dieser Theorie inhärent sind, zu entgehen. Ein paar dieser Schwierigkeiten sollen angesprochen werden.

Thomas Kuhn geht davon aus, dass die Wissenschaften zwar auch in Teildisziplinen geordnet werden können, sich die konkrete wissenschaftliche Arbeit aber auf der Ebene der wissenschaftlichen Gemeinschaften wiederfindet. Diese Gemeinschaften sind zahlreich und vielleicht kaum zu fassen. Kuhn zeigt, wie wissenschaftliche Gemeinschaften unterschiedliche Paradigmen verwenden, um die Welt (immer unterschiedlich) zu interpretieren. Daraus ließe sich folgern, dass eine strikte Trennung von Objektsprache und Metasprache nicht möglich ist, da es darauf hinweist, dass die wissenschaftliche Reflexion immer innerhalb eines spezifischen Paradigmas erfolgt. Die Verschiedenheit der Paradigmen impliziert, dass die Unterscheidung zwischen Objektsprache und Metasprache in der Wissenschaft nicht immer eindeutig oder universell anwendbar ist.

Die totale Ausdifferenzierung der Welt wird häufig als Postmoderne bezeichnet – ein Begriff, den auch Zabeck, wie in der Einleitung zu diesem Kapitel gezeigt, anführt. Jean-François Lyotard hat mit seinem Essay „Das postmoderne Wissen“ wichtige Impulse zur Debatte um den Postmodernebegriff geliefert.<sup>113</sup> Er zeigt, dass in der postmodernen Epoche die Autorität von Metasprachen schwindet – das Ende der großen Erzählung – und dass das Wissen zunehmend in kleinere, spezialisierte Diskurse fragmentiert wird. Die Theorie der semantischen Stufen scheint dadurch an ihre Grenzen zu stoßen. Denn auf was könnte sich die Meta-Ebene noch beziehen, wenn nicht nur auf die fragmentierten Diskurse, die, in der Logik der Theorie der semantischen Stufen gesprochen, die Objekt-Ebene sein müsste. Die Meta-Ebene müsste bedeutungslos werden.

Es ließen sich weitere Argumente dieser Art anführen, die aber alle auf die Feststellung hinauslaufen, dass die empirische Realität komplex ist. Paul Feyerabend macht bekanntlich aus dieser Not eine Tugend und fordert, sich gänzlich von Metatheorien, verstanden als allgemeingültige methodologische Regeln, zu verabschieden.<sup>114</sup>

Nun scheint Zabeck diese angesprochenen Probleme durchaus zu sehen, denn der Paradigmenpluralismus ist ja seine Antwort auf die wahrgenommene Fragmentierung des methodologischen Diskurses der Erziehungswissenschaft. Dennoch versucht er, ein Strukturprinzip zu finden und zu formulieren, dass eine gewisse Ordnung und Struktur sicherstellt.

Das größte Problem mit der Theorie der semantischen Stufen und des Pluralismusbegriffs bei Zabeck scheint zu sein, dass Zabeck die von Bocheński behauptete Sinnlosigkeit von Aussagen, die sich auf mehreren Sprachstufen finden, erstens verabsolutiert und zweitens auf die Wissenschaft überträgt. Was für die Exaktheit einer wissenschaftlichen Theorie sicherlich als hilfreiches Orientierungskriterium dienlich ist, ist bei der Anwendung auf disziplinpolitische Fragestellungen – und genau dies ist ja der Diskurs

113 Vgl. Lyotard 2019.

114 Vgl. Feyerabend 2022.

um die Zugehörigkeit von Teildisziplinen – fraglich. Es ist nicht unmittelbar klar, warum Forschungsansätze, die mit ihren Prämissen die Null-Stufe nicht nur als sprachlosen Gegenstand betrachten, sondern aktiv einbinden, nicht mehr wissenschaftlich sein sollen.

Diese Behauptung macht Zabeck, wenn er schreibt, dass der Wissenschaft etwas Spezifisches verlorengehe, wenn sie unmittelbar der Praxis diene. So wird der Satz: „Ansätze, die von der Erziehungspraxis und der praktischen Erziehungspolitik nicht abgrenzbar sind, können von einer Erziehungswissenschaft nicht integriert werden“<sup>115</sup> zu einem Abbild der Theorie der semantischen Stufen, denn die Ansätze seien deshalb nicht integrierbar, weil sie sich mit ihren Aussagen gleichzeitig auf den verschiedenen Sprachstufen befinden.

Zabeck versucht, mit dem Verweis auf die Ebenen der Sprachstufen dem wissenschaftspolitischen Diskurs aus dem Wege zu gehen. Würde man der Kritik von Margherita von Brentano folgen, dann ließe sich an Zabecks Pluralismuskonzeption feststellen, dass dieser damit seine eigene Ideologie als nicht verhandelbarer, allgemeingültiger Wissenschaftsbegriff setzt. Er macht daraus sogar keinen Hehl und schreibt, dass seine Argumentation den Charakter einer „Setzung“ hat.<sup>116</sup>

Damit bekennt er sich eindeutig zur Position des Theoretischen Pluralismus. Dies überrascht nicht, denn sowohl diese Position als auch Ernst Fraenkel als wichtiger Stichwortgeber scheinen ideologisch – Stichwort: Liberalkonservatismus – komplementär zu Zabeck zu stehen. Das Problem, dass von dieser Seite artikuliert wurde, ist zunächst gut nachvollziehbar, wie in Abschnitt 7.2 dargestellt. Das unverbundene Nebeneinander verschiedener Positionen wird nicht nur bei Zabeck als Problem gesehen, sondern z. B. auch bei Theo Herrmann, dessen Aufsatz zur Situation in der Psychologie Zabeck als Beispiel für die Setzung des Paradigmenpluralismus auf der Metaebene anführt.<sup>117</sup>

Doch dadurch, dass die Einwände wie die von Brentano mit einer Nebenbemerkung als unbegründet abgetan werden, bedient Zabeck die Haltung, die Horst Heimann kritisiert hat. Der Unterschied scheint zu sein, dass Zabeck sich nicht auf die außerwissenschaftlichen Instanzen beruft, die den Theoretischen Pluralismus durchsetzen sollen, sondern sich durchaus an die Fachcommunity wendet. Doch das rigorose Abtun der kritischen Einwände ist gerade nicht dienlich dafür, die von Heimann postulierte Dialogbereitschaft offen zu halten.

Der Pluralitätsbegriff hängt eng zusammen mit der Postmoderne. Es scheint kein Zufall zu sein, dass Zabeck sich mit Wolfgang Welsch jemandem anschließt, der versucht, einen konstruktiven Pluralitäts- und Postmodernebegriff zu prägen. Zu Beliebigkeit dürfe die Debatte nicht führen, denn dann würde auch ein scharf geführter methodologischer Diskurs überflüssig werden. Es sollte bis hierhin klar geworden sein, dass es eines von Zabecks Hauptmotiven ist, die methodologischen Diskurse zu fördern, statt zu riskieren, dass sich unterschiedliche wissenschaftstheoretische Positionen unter Berufung auf die Postmoderne und dem Credo von Gleichgültigkeit diesem Diskurs entziehen.

115 Zabeck 1978b, S. 324.

116 Zabeck 1978b, S. 311.

117 Herrmann 1971, S. 195; Zabeck 1978b, S. 329.

Dieser Gedankengang ist sicherlich nachvollziehbar. Was aber kritisiert werden muss, ist die Interpretation von Paul Feyerabends „anything goes“ bei Wolfgang Welsch und damit auch bei Zabeck. Denn Feyerabend hat nie für Beliebigkeit plädiert. Der berühmt gewordene Ausspruch, auf den viele seiner Kritiker:innen Feyerabend zu reduzieren scheinen, ist zunächst nichts weiter als die Aussage eines Rationalisten, der angesichts von Feyerabends Argumentation über die wissenschaftliche Methode zugeben muss, dass die einzige methodologische Regel, die zu gelten scheint, „anything goes“ heißt.<sup>118</sup> Es ist also zunächst eine rhetorische Figur.

Die Tatsache, dass Feyerabend nicht einer totalen Offenheit und Beliebigkeit das Wort geredet hat, zeigt auch ein Aufsatz mit dem Titel „Über die begrenzte Möglichkeit methodologischer Regeln“.<sup>119</sup> Es ging Feyerabend darum zu zeigen, dass Wissenschaft nicht *einer* Methode folgt, sondern dass die verschiedenen historischen Situationen sie immer dazu bewegte, neu über Methoden nachzudenken. Gleichzeitig versuchte er, im Sinne einer Demokratisierung der Gesellschaft die vermeintliche Übermacht von Wissenschaft und die mit ihr verknüpften Begriffe wie Fortschritt und Objektivität zu entmystifizieren, damit diejenigen Kulturtechniken überleben können, die andernfalls im Namen der Rationalität verschwinden würden.

Dies brachte Feyerabend den Vorwurf ein, er würde Beliebigkeit an die Stelle der Rationalität setzen, d. h. esoterische und wissenschaftliche Medizin müssten bspw. gleichberechtigt behandelt werden. Doch Feyerabend war kein radikaler Relativist. An keiner Stelle hat er z. B. behauptet, Meditation sei genauso erfolgsversprechend wie wissenschaftliche Experimente, wenn es etwa um Fragen der Molekularbiologie geht. Worum es Feyerabend ging, war die Sicherstellung von „Vielfalt, Kompromisse und die Moderation von Interessen“.<sup>120</sup>

Um Feyerabends Relativismusverständnis und damit auch seinen Pluralismusbegriff zu verstehen, ist die folgende Passage aus „Erkenntnis für freie Menschen“ hilfreich:

„Der Relativismus, wie er hier verstanden und verteidigt wird, betrifft *Traditionen*, nicht Meinungen, Begriffe, Theorien. Die letzten sind sinnvoll nur im Rahmen einer Tradition und können unabhängig von einer solchen weder untersucht noch verstanden werden. Zweitens wird nicht behauptet, daß alle Traditionen *gleichen Wert* haben, oder *gleich wahr* sind, oder daß solche Feststellungen *willkürlich* sind. Behauptet wird, daß Traditionen für sich betrachtet weder gut noch schlecht sind [...]“<sup>121</sup>

## 7.5 Schlussgedanken

Die Auseinandersetzung mit Zabeck Pluralismusbegriff hat vor allem gezeigt, dass sich seine Interpretation der Theorie der semantischen Stufen mit dem Paradigmenpluralismus verbindet. Er setzt diese Theorie als Maßstab absolut. Damit ist es ihm möglich,

118 Feyerabend 2022, S. 11.

119 Vgl. Feyerabend 1978.

120 Hagner und Hampe 2023, S. 566–568.

121 Feyerabend 2024, S. 148, Hervorhebung im Original.

diejenigen Ansätze auszuschließen, die dieser Regel nicht genügen. Aus den gewonnenen Erkenntnissen werden nun auch die anderen Aspekte teilweise verständlicher, die bis hierhin diskutiert wurden.

So wird z. B. Zabecks Kritik an der Berufsbildungsreform und ihr Einfluss auf die Berufsbildungsforschung verständlicher bzw. kann sie noch einmal von einer anderen Perspektive aus gedeutet werden. Wie gesehen, beschreibt Zabeck die staatliche Bildungspolitik als realitätsferne, von Intellektuellen und sozialliberalen Politikern angestoßene Veränderung eines an sich gut funktionierenden Systems (das Duale System). Diese Kritik trieb Zabeck so weit, dass er ein Bündnis von neomarxistisch inspirierter Emanzipatorischer Pädagogik und der staatlichen Bildungspolitik sah, die in eine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung führen muss.

Die Darstellung der Berufsbildungsreform als Eingriff oder sogar Angriff auf den pluralistisch-demokratischen Meinungsbildungsprozess lässt sich mit Fraenkels Pluralismusbegriff, dem Zabeck sich anschließt, verständlich machen. In Fraenkels Pluralismustheorie muss jeder die Möglichkeit haben, am Meinungsbildungsprozess zu partizipieren. Der Staat dürfe nicht die Zielvorgabe isoliert von den Gruppen vorbestimmen. Die Zielvorgabe – bei Fraenkel Gemeinwohl – müsse immer das Ergebnis eines freien, pluralen Meinungsbildungsprozesses sein.

Die allgemeinen Spielregeln, die dabei eingehalten werden müssen, sind gleichzeitig so allgemein und abstrakt, dass sie sowohl von jeder Position in Anspruch genommen werden als auch als Vorwurf gegenüber den anderen Positionen in den Diskurs geführt werden können. Zabecks insbesondere in Kapitel 2 dargelegten Erfahrungen mit den radikal auftretenden Studierenden an der Freien Universität Berlin haben eine tiefe Skepsis gegenüber marxistisch orientierten Wissenschaftsansätzen hinterlassen. Es stimmt sicherlich, dass Strömungen des Marxismus in totalitäre Ansprüche mündeten, wie es unter Stalin in der Sowjetunion passiert ist. Dennoch muss differenziert werden. Dies lässt sich gut am Beispiel von Herbert Marcuses Vorwort zur zweiten Auflage seiner Studie zur „Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus“ verdeutlichen. Dort heißt es, Marcuse sei in der Sowjetunion als bürgerlicher Ideologe und Konterrevolutionär bezeichnet worden, während es in den USA Stimmen gab, die ihm eine fehlende Distanz zum Sowjetmarxismus unterstellten.<sup>122</sup> Marcuse widersprach mit seiner Studie der herrschenden Ideologie in der Sowjetunion und wurde dadurch zum Feind gebrandmarkt. In den USA stand er ebenfalls der herrschenden Ideologie gegenüber und wurde auch dort in den Begriffen der dort herrschenden Ideologie abqualifiziert. Wieder einmal zeigt sich die Bedeutung der von Peter Zima aufgeworfenen und in dieser Studie mehrfach angeführten Frage: Wer erzählt wen?<sup>123</sup>

Zabeck kritisiert die Emanzipatorische Pädagogik, weil sie angeblich praktische, politische Arbeit mache. Eine Kernaussage Zabecks ist, dass Erziehungswissenschaftler:innen keine praktische Politik machen dürfen. Zabeck hat u. a. Herwig Blankertz dafür kritisiert, dass dieser mit dem Kollegstufen-Versuch eine solche praktische Bildungspolitik unternommen habe, ohne in seiner Rolle als Wissenschaftler dafür legitimiert

122 Marcuse 1969, S. 11.

123 Vgl. Zima 2022.

gewesen zu sein. Mit Blick auf das Pluralismusverständnis, das in diesem Kapitel diskutiert wurde, wird dieser Einspruch Zabecks fragwürdig. Denn Ernst Fraenkel betont ausdrücklich, dass eine freie pluralistische Demokratie nur möglich ist, wenn alle kollektiven Interessenverbände an der Meinungsbildung beteiligt sind. Da Blankertz aber von der Landesregierung beauftragt wurde und sich nach Fraenkel die Meinungsbildung durch die Parteien mediatisiert und im Parlament verhandelt wird, ist hier kein Widerspruch zu erkennen. Vielmehr dürfte Zabecks Kritik an Blankertz und der Emanzipatorischen Pädagogik darin begründet sein, dass sie seiner Ideologie entgegentritt.

Wenn Zabeck behauptet, dass das Programm der Emanzipatorischen Pädagogik nur durch eine Elite, d. h. durch staatliche Bildungspolitik und Intellektuelle begründet ist, spricht er der Emanzipatorischen Pädagogik ihre legitimatorische Basis ab. Um es auf den Punkt zu bringen: In Zabecks Wahrnehmung vermischen sich staatliche Zielvorgaben mit den wissenschaftlichen Prämissen eines Forschungsansatzes – oder wie Zabeck sagt, eines Paradigmas –, um gemeinsam diese Zielvorgaben zu erreichen.

In dem hier behandelten Pluralismusbegriff darf jedoch diese Vermischung nicht stattfinden, weil jeder theoretisch die Freiheit haben muss, am Meinungsbildungsprozess teilzunehmen. Jeder darf und soll z. B. einen Lobbyverband gründen können. Nun ist es aber sicher so, dass nicht jeder Lobbyverband gleich machtvoll ist. Die, die einen finanziellen Vorsprung haben, können diesen ausnutzen. Dies war auch eine Kritik, die Ernst Fraenkel für seine Pluralismustheorie erfahren hat.

Es ist daher auch nicht verwunderlich, dass Gerhard Minnameier und Manfred Horlebein in ihrem Lehrbuch Zabecks Paradigmenpluralismus mit marktideologischen Phrasen in Verbindung setzen. Dort wird gesagt, ein Vorteil des Paradigmenpluralismus sei es, dass er einen Wettbewerb von Wissenschaft verständlich mache, in dem die besten Ideen sich durchsetzen.<sup>124</sup> Dabei wird übersehen, dass sich nicht unbedingt die *besten* Ideen durchsetzen, nur weil sie am überzeugendsten sind, sondern *auch*, weil sie von einer mächtigeren Position kommen. Dies haben Kuhn und Feyerabend nachgewiesen.

Helmut Heid hat in einer Auseinandersetzung mit dem Pluralismusbegriff im pädagogischen Kontext eine wichtige Frage formuliert: Wie verhindert man, dass bei einem Nebeneinander der erziehungswissenschaftlichen Positionen sich jeder seine Wahrheit raussucht, um damit seine „Praxis ‚wissenschaftlich‘ zu legitimieren“?<sup>125</sup>

Heid stellt diese Frage unter der Prämisse, dass ein, wie er es nennt, „euphorischer“ Pluralismus zu Problemen führen müsste, die den Befürchtungen Zabecks sehr ähnlich sind.<sup>126</sup> Aber Heid macht einen bemerkenswerten Vorschlag: Er plädiert dafür, den Pluralismusbegriff durch „Kritik“ zu ersetzen.<sup>127</sup> Das Ziel der Teildisziplinen, aber auch der Wissenschaftspolitik wäre dann nicht mehr die Sicherstellung eines abstrakten Pluralismus, der wohl unvermeidlich eine Position privilegieren müsste, sondern die Sicherstellung einer freien, auch kontroversen Kritik. Die unterschiedlichen Positionen wären so

124 Minnameier und Horlebein 2019, S. 61.

125 Heid 1994b, S. 127.

126 Vgl. Heid 1994b.

127 Heid 1994b, S. 129.

gezwungen, sich dieser Kritik auszusetzen, ohne dabei in Gefahr zu geraten, sich dem Verdacht der Hintergehung eines abstrakten Minimalkonsenses auszusetzen.

Anders als Zabeck scheint Heid von einem positiven Pluralismusbegriff auszugehen. Denn Zabeck nutzt in seiner Sprache über die methodologische Situation der Erziehungswissenschaft stets negative Begriffe: Chaos, Kampf, Vernichtung etc. Er hält das Wissenschaftssystem für etwas Chaotisches, weshalb es unter ein abstraktes Vertragsrecht gestellt werden müsse, damit es in ihrer Vielheit funktioniert.<sup>128</sup> Heid hingegen sieht in der Pluralität der Wissenschaften an sich keine Gefahr. Deshalb geht er auch nicht von einem abstrakten Ordnungsbegriff aus, sondern sieht in der ohnehin real existierenden Praxis der Kritik das wichtigste Element zur Sicherstellung von Wissenschaft.

---

128 Vgl. Heid 1994b. Damit liegt Zabeck auf einer Linie mit Thomas Hobbes oder John Locke, die in ihren Gesellschaftsphilosophien von einem negativen Gesellschafts- und Menschenbild ausgegangen sind und deshalb ein abstraktes Vertragsrecht als Ordnungsprinzip forderten, Zorn 2022, S. 78.